



Trotz vieler Bemühungen steckt die Bauwirtschaft weiterhin in der Krise | Foto: querbeet, Canva

Herbstumfrage: Bauwirtschaft weiterhin unter Druck

19. November 2025

Die aktuelle Herbstumfrage der [Fachgemeinschaft Bau](#) zeigt: Die Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg bleibt angespannt. „16 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen bewerten ihre Geschäftslage als schlecht, fast die Hälfte sieht sie lediglich als befriedigend an. Das Stimmungsbild bleibt gedämpft“, erklärt Geschäftsführerin **Katarzyna Siwek**.

44 Prozent der Unternehmen berichten, dass sich ihre Auftragslage verschlechtert hat, 30 Prozent melden Auftragsrückgänge. Besonders bei öffentlichen Aufträgen bleibt die Lage schwierig: 38 Prozent der Unternehmen berichten von einer Verschlechterung. „Politische Maßnahmen wie das [Schneller-Bauen-Gesetz](#) in Berlin oder die Anhebung der

Auftragswertgrenzen in Brandenburg zeigen laut Mehrheit unserer Mitglieder bislang keine spürbare Entlastung. Die Unsicherheit bei öffentlichen Ausschreibungen und die langen Genehmigungszeiten bremsen die Entwicklung zusätzlich“, betont Siwek.

Rückblick: [BFW InnovationsForum Nord 2025: Let's build. Together](#)

Der Wettbewerb verschärft sich weiter: 63 Prozent der Betriebe erleben einen intensiveren Preiskampf und mehr Konkurrenz. Viele Unternehmen suchen neue Geschäftsfelder, um sich am Markt zu behaupten. Die Zahlungsmoral hat sich bei öffentlichen Auftraggebern im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert. „Viele Unternehmen berichten von erheblichen Zahlungsverzögerungen. Das belastet die Liquidität und gefährdet die Stabilität vieler Betriebe“, warnt Siwek. Gründe, sich nicht um öffentliche Aufträge zu bewerben, sind vor allem der hohe zeitliche Aufwand, die schlechte Qualität der Ausschreibungsunterlagen und die Tatsache, dass meist nur die günstigsten Anbieter den Zuschlag erhalten.

Öffentliche Investitionen stagnieren, neue gesetzliche Maßnahmen zeigen bislang kaum Wirkung. Präsident **Sascha Gresitza** fordert: „Gerade jetzt, wo auf Bundesebene mit dem Sondervermögen neue finanzielle Spielräume geschaffen wurden und sich das Land Berlin auf ein Investitionspaket geeinigt hat, erwarten wir, dass diese Mittel auch tatsächlich in der Bauwirtschaft ankommen. Es darf nicht sein, dass dringend benötigte Gelder zur Schließung von Haushaltslücken verwendet werden, während der Investitionsbedarf in der Region weiterhin enorm ist. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung und Nachschärfung der Beschleunigungsmaßnahmen, mehr Digitalisierung und Transparenz bei Genehmigungen und Vergaben sowie eine deutliche Ausweitung öffentlicher Investitionen.“ (red)